

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/139

Bonn, den 25. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Aber Herr Bundeskanzler!</u> Wahlrechtsänderung nach Bedarf?	40
2 - 3	<u>ERNST REUTER</u> In dankbarer Erinnerung an einen großen Deutschen Von Kurt Mattick, MdB	102
4	<u>Halbzeit in Frankreich</u> Politischer Urlaub nach Hochspannungen Von Georg Scheuer, Paris	37
5 - 6	<u>Die Flötentöne der Tories</u> Labourparty führt Buch über Finanzspenden an die Konservative Partei Von Hans Joachim Werbke, London	66

**Aber Herr Bundeskanzler!**

---

**Wahlrechtsänderung nach Bedarf?**

sp - Kurz bevor Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger in Ferien ging, hat er noch einmal vor Journalisten seinem Unmut über die Sozialdemokraten und besonders über Bundeswirtschaftsminister Prof. Karl Schiller - um es vornehm zu sagen - Ausdruck gegeben. Das ist verständlich, denn wer volkswirtschaftlichen Sachverstand ignoriert, muß ja irgendwie auf andere Weise Luft ablassen.

Bei dieser Gelegenheit hat der Herr Bundeskanzler auch über die Möglichkeiten der Bildung einer Bundesregierung nach der kommenden Wahl gesprochen. Es sei, so meditierte der Kanzler, wohl selbstverständlich, daß er für den Fall einer neuen Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten die Lösung der Wahlrechtsfrage zur Bedingung machen werde. Sollte jedoch eine "kleine Koalition", also eine Regierung mit der FDP, zustandekommen, dann werde die Wahlrechtsreform "natürlich hinfällig".

So einfach ist das also! Seit Jahren wird von der CDU, deren Vorsitzender Herr Kiesinger ist, immer beteuert, daß eine Reform des Wahlrechts, die ja mit einer Grundgesetzänderung verbunden sein würde, ausschließlich sachlich und staatsrechtlich begründete Voraussetzungen haben müßte. Keinesfalls dürfe, so wurde bisher immer behauptet, die Wahlrechtsreform Gegenstand von Manipulationen mit dem Ziel des Ausschaltens einer Partei sein. Und umgekehrt hat man immer gesagt, die Wahlrechtsreform dürfe nicht etwa deswegen unterbleiben, um einer Partei nicht wehe zu tun. Kurz: Alle Welt hat seit Beginn der Diskussion um eine Wahlrechtsreform behauptet, niemand dürfe eine so wichtige Sache aus parteipolitischen Gründen manipulieren.

Der Herr Bundeskanzler scheint neuerdings anders darüber zu denken. Jetzt, nachdem ihm die Sozialdemokraten deutlich gesagt haben, daß besonders in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Sachverstand entscheidend sein müsse, meint Herr Kiesinger plötzlich, das Thema Wahlrechtsreform mit einem Appell zum Bravsein an die Adresse der FDP verbinden zu können.

Wir haben Verständnis dafür, wenn irgend jemand wenige Stunden vor Beginn einer sicher wohlverdienten Ferienpause die Fünf gerade sein läßt. Von einem Bundeskanzler sollte jedoch erwartet werden können, daß er sich bei Grundsatzfragen nicht so weit von seinen früheren Aussagen entfernt, die alle darauf abgezielt haben, gerade die Wahlrechtsreform nicht zu einem Objekt parteipolitischer Manipulationen werden zu lassen.

+ + +

ERNST REUTER

In dankbarer Erinnerung an einen großen Deutschen

Von Kurt Mattick, MdB.

Am 29. Juli würde Ernst Reuter 80 Jahre alt. Viel zu früh, im 63. Lebensjahr, wurde er aus dem Leben abberufen, mitten aus der Arbeit und aus der Verantwortung herausgerissen. Zu seinen letzten Worten gehörte die Bemerkung: "Ich darf doch noch nicht sterben, ich habe doch noch so viel zu tun."

In der Tat hätte er noch sehr viel zu tun gehabt. Sein allzu früher Tod bedeutete einen unersetzbaren Verlust für Berlin sowie für Deutschland.

Männer wie Ernst Reuter und auch Kurt Schumacher, der leider schon ein Jahr vor Ernst Reuter auch viel zu früh gestorben ist, solche Männer findet die Geschichte nicht oft zur rechten Zeit am rechten Platz.

Als Ernst Reuter am 29. September 1953 die Augen schloß, erstarrte die Berliner Bevölkerung für einen Augenblick vor Schreck, trauerten die Demokraten in ganz Deutschland. Geradezu entsetzt waren Millionen Menschen im anderen Teil Deutschlands. Für sie war Ernst Reuter im wahrsten Sinne Hoffnung auf Freiheit und Wiedervereinigung. - Die Kommunisten wußten, daß sie einen der gefährlichsten Widersacher ihrer "Deutschlandpolitik" losgeworden waren.

Uns steht es an, am 80. Geburtstag Ernst Reuters in Dankbarkeit zu gedenken. Ohne die Leistungen anderer wichtiger und ehrenwerter Menschen zu mindern, muß man feststellen, daß Ernst Reuter einen für die Entwicklung bedeutungsvollen Beitrag geleistet hat, durch den die Bundesrepublik ihren moralischen und politischen Sockel erhielt und durch den die Freiheit für die Berliner gesichert wurde. Ernst Reuter führte einen bitteren Kampf mit den damaligen Besatzungsmächten und auch bestimmten Interessengruppen in Bonn für die Einbeziehung Berlins in die Währungsreform und die Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik. An der Lebensbasis Berlins hat Ernst Reuter entscheidenden Anteil.

Seine Führungsfähigkeiten und sein Kampfesmut basierten auf einem überragenden Allgemeinwissen, auf einer humanistischen sozialistischen Gesinnung sowie auf Entschlußfähigkeit und der Auswertung seiner umfangreichen Erfahrungen.

Ernst Reuter hatte kein leichtes Leben hinter sich. Sein Vater fühlte sich dem Kaiser und dem Großbürgertum verpflichtet. Als der Student Ernst Reuter im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, also zu Bebels Zeiten, für den Sozialismus votierte, entzog ihm sein Vater die Studienbeihilfe. Er schrieb darauf an seine Eltern:

- \* Ich kann Euch nur entgegenhalten, was schon Luther gesagt
- \* hat: ich kann nicht anders. Ihr solltet mich genug kennen,
- \* um zu wissen, daß ich so etwas nicht leichtsinnig sage. -
- \* Was Ihr auch tun und beschließen möget, ich darf nicht an-
- \* ders handeln. .... der Weg, den ich jetzt gehen muß, wird
- \* gewiß durch Euer Verhalten noch einsamer werden. Allein wer-
- \* de ich nicht sein, denn es gibt noch Idealismus in der Welt,
- \* wenn wir auch die Zähne zusammenbeißen müssen, um uns durch-
- \* zuhelfen."

Seine ersten eigenen Einkünfte hat sich Ernst Reuter dann durch Artikel und Vorträge verschafft. Als er im Ersten Weltkrieg in russischer Gefangenschaft die Revolution erlebte, schloß er sich jenen an, von denen er glaubte, daß sie eine bessere Welt schaffen und Segen für das Volk bringen würden. Als er die gefährliche Entwicklung erkannte, stellte er sich als Sozialdemokrat gegen die bolschewistische Gefahr in Deutschland.

In Berlin leistete Ernst Reuter bei der Entwicklung der Großstadt nach dem Ersten Weltkrieg wesentliche kommunalpolitische Arbeit. Das führte zu seiner Wahl als Oberbürgermeister von Magdeburg. Schließlich wurde er vor dem Ende der Weimarer Republik noch in den Reichstag gewählt. Nach zweimaligem Aufenthalt in Hitlers Konzentrationslagern emigrierte er und verbrachte die längste Zeit bis zum Zusammenbruch des Diktaturregimes in der Türkei. Dort erhielt er eine Professur für Kommunalwissenschaft in Ankara an der Hochschule für höhere Verwaltungsbeamte.

Diese Zeit schilderte Ernst Reuter 1946 in einem Brief an einen Freund:

"Und doch haben diese Jahre mir vieles bedeutet. Neben  
\* meiner offiziellen Beschäftigung habe ich immer mehr und  
\* viel für mich gearbeitet. Ich bin, soviel ich konnte, auch  
\* wieder zu den Quellen aller Weisheit zurückgekehrt und  
\* glaube, daß ich mir einen guten Grundstock von durchge-  
\* arbeiteten Einsichten und Kenntnissen erworben habe, die  
\* mir nützen werden, wenn der neue Werktag beginnt."

So gab er uns - insbesondere den Berlinern - nach seiner Rückkehr nach Deutschland in den schwersten Jahren des Beginns der neuen Zeit und des neuen Kampfes um die Freiheit eine sichere geistige und politische Position. Für ihn galt nicht das Dichterverwort, "Denn wer in schwankender Zeit schwankend gesinnt ist, vermehrt das Übel."

Reuters politische Vorstellungen führten mit zum Godesberger Programm der SPD. Der Humanismus hatte nach seiner Ansicht keinen Raum für sowjetische Praxis, so wie die sowjetische Menschenbehandlung keinen Raum für Humanismus hat. Er sagte einmal, "Der Mensch lebt nicht von der Freiheit, aber er kann auf die Dauer nur in der Freiheit leben."

Als Ernst Reuter zu Beginn der Blockade die Berliner aufrief, zusammenzustehen, gab es keine Zweifel in dieser Stadt. Die Menschen vertrauten ihm, weil er ihnen sicher und fest in der Überzeugung und Haltung erschien. Als er zu dieser Zeit in die Hauptstädte der westlichen Alliierten reiste, um für Berlin und Deutschland zu werben, erwarb er ein Ausmaß an Vertrauen zu diesem neuen demokratischen Deutschland, so daß es in diesen Ländern zu einem Umbruch für uns kam. Bei diesem Mann spürte jeder in Washington, London und Paris: Es lohnt sich, mit den Deutschen um die Freiheit zu kämpfen.

Ernst Reuter war beispielhaft für Standfestigkeit in Grundsatzen und Beharrlichkeit im politischen Kampf. Er war gegen jede hektische Sucht, nach dem kleineren Übel zu suchen. In unserer Erinnerung und Dankbarkeit sollten wir uns bei unserem Verhalten ein Beispiel an ihm nehmen. Für ein neues, besseres Deutschland hat Ernst Reuter den Grundstein mitgelegt. Er bleibt uns unvergessen.

## Halbzeit in Frankreich

### Politischer Urlaub nach Hochspannungen

Von Georg Scheuer, Paris

Nach einem halben Jahr der politischen Hochspannung, Wahlkampagnen, Regime- und Regierungswechsel beginnen jetzt in Frankreich politische Sommerferien als Zwischenakt vor unvermeidlichen Prüfungen im Herbst.

Das Jahr begann mit der Volksentscheid-Ankündigung durch General de Gaulle auf einer Bretagne-Reise. Gegen den Willen seiner Minister hatte der Staatspräsident beschlossen, das Schicksal im Frühjahr herauszufordern. Er wollte auf diese Weise die Schläppen des Vorjahrs wettmachen: Mairevolution, Juli-Wahlsieg mit knapper Mehrheit, Finanzkrise im Herbst.

### Umschichtungen rechts...

In Erwartung neuer sozialer Erschütterungen entschloss sich der General zu einem Hasardspiel: entweder erhöhte Vollmachten oder Verzicht auf weitere Machtausübung.

Zugleich hatte, ebenfalls zu Jahresbeginn, der von de Gaulle verabschiedete Ex-Premierminister Pompidou seine Kandidatur für die Nachfolge angekündigt. Damit waren die Würfel gefallen, denn das "Zünglein an der Waage", die Konservativen, die sonst für de Gaulle gestimmt hatten, fielen um. De Gaulle wurde im April-Entscheid gestürzt. Nach einer Übergangszeit wurde Pompidou mit 37 Prozent der Wählerstimmen, jedoch 53 Prozent der gültigen Stimmzettel zum neuen Herrn des Elysée erkoren, alles dies hauptsächlich dank der Stimmenthaltungssparole der Kommunistischen Partei, die Pompidou aus außenpolitischen Gründen (Zusammenarbeit Paris-Moskau) begünstigte.

### ... und links

Parallel zu den Umschichtungen im konservativen Lager erfolgten auch in den Linksparteien Änderungen. Vier Linkskandidaten in der Präsidentschaftswahl führten zu katastrophaler Zersplitterung. Zieht man jetzt die Lehren? Die SFIO wurde auf ihrem Juli-Parteitag als Parti Socialiste nicht nur neu benannt, sondern auch reorganisiert. Im Herbst erhält sie auf einem außerordentlichen Kongreß ein neues Aktionsprogramm, voraussichtlich mit verstärktem Linkstrend als Antwort auf den Rechtsruck im gaullistisch-konservativen Regierungslager.

### Bilanz

Frankreichs neue Koalition unter Chaban-Delmas - Rechtsgaullisten und Konservative - wird als Übergang betrachtet, möglicherweise nur bis Ende 1969. Staatspräsident, Nationalversammlung, Parteien und Gewerkschaften sind jetzt im Sommerurlaub. Die Minister jedoch arbeiten fieberhaft an der Wirtschafts- und Finanzbilanz, die sie im September vorlegen müssen. Man erwartet für die "Rentree" Enthüllungen, Streikbewegungen und möglicherweise eine neue Sozialkrise.

+ + +

## DIE FLÖTENTÖNE DER TORIES

Labourparty führt Buch über Finanzspenden an die Kon-  
servative Partei

Von Hans Joachim Weröke, London

Hämisch weisen die britischen Konservativen allzu gern auf die finanzielle Abhängigkeit der Labourparty von der Gewerkschaftsbewegung. Niemand macht aus dem Zusammenhang einen Hehl. Es waren die Gewerkschaften, die sich 1901 mit Gründung der Labourparty einen Hebel ins Parlament zulegten. An die 130 Labourabgeordnete, ein knappes Drittel der Fraktion, stehen unter der Schirmherrschaft von Einzelgewerkschaften. Die "Patenschaft" (sponsorship) besteht darin, daß Gewerkschaften Wahlkreise, in denen sie maßgeblich vertreten sind, finanziell unterstützen. Sie tragen für die Bürokosten der Wahlkreisorganisationen bei, sie bezahlen bisweilen bis zu 60 Prozent des Gehalts des "Agenten", wie der lokale Wahlkampfleiter heißt. Das ist schon deshalb wichtig, weil der die Wiederwahl suchende Abgeordnete oder ein Kandidat laut Gesetz nicht mehr als 50 Pfund im Jahr selber an seine Wahlkreisorganisation abführen darf. Im Wahlkampf dürfen die örtlichen Ausgaben pro Wahlkreis 4 500 Mark plus 10 Pfennig pro Wähler nicht überschreiten. Als Gegenleistung für ihre Finanzspritzen sind die Gewerkschaften einflußreich in den Kandidatenauswahlkommissionen vertreten.

Die mächtigste Einzelgewerkschaft im Lande, die Transport- und Allgemeine-Arbeiter-Union, übt über 26 Abgeordnete ihr Patenrecht aus. Zu ihnen gehören Exaußenminister George Brown, Wohnungsbauminister Anthony Greenwood, Wirtschaftsminister Peter Shore und der Fraktionsgeschäftsführer (chief whip) Robert Mellish. Auf der Delegiertentagung dieses Jahres wollten einige militante Transportarbeiter aus Enttäuschung über die Einkommens- und die (inzwischen ausgesetzte) Gewerkschaftsreform-Politik der Regierung Wilson die finanziellen Bande ihrer Gewerkschaft zur Labourparty abschneiden. Sie konnten sich allerdings nicht durchsetzen. Gleichwohl nahm der Delegiertentag eine Resolution an, in der die Partei darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Gewerkschaft für ihre finanzielle Beihilfe Unterstützung für die Gewerkschaftsbewegung erwartet. Sie wolle den Abgeordneten nicht vorschreiben, wie sie denken, handeln oder abstimmen sollen, sie müßten es jedoch sich gefallen lassen, von Gewerkschaftsmitgliedern in den Wahlkreisen zu hören, was sie von ihnen erwarten.

Damit die Tories nun nicht wieder das englische Sprichwort zitieren: "Wer den Flötisten bezahlt, darf die Musik bestimmen", hat die Labourparty in ihrem Juli-Wirtschaftsbrief einmal zusammengestellt, was von Unternehmerseite an die Konservative Partei und ihre Frontorganisationen abgeführt wird. Die Möglichkeit dazu verschaffte der britischen Arbeiterpartei das vor zwei Jahren in Kraft getretene Gesellschafts-Gesetz. Darin wird unter anderem vorgeschrieben, daß auf den Hauptversammlungen Auskunft gegeben werden muß über die Summen und Empfänger von politischen Zuwendungen.

- \* Stättliche Beträge kommen da zusammen. 198 Firmen haben nicht weniger als sieben Millionen Mark (738 273 Pfund) gespendet, mit
- \* über 40 000 Pfund liegt eine Public Relations Firma ganz vorn,
- \* dann kommen Brauereien, Banken und auch die Firma, bei der Oppositionsführer Heath ehemals einen Direktorenposten innehatte.

Die Forschungsabteilung der Labourparty ist freilich der Meinung, daß sie nur die Spitze des Eisbergs sichtbar gemacht hat - in Wirklichkeit werde die Industrie im letzten Jahr wenigstens das Doppelte, nämlich 1,5 Millionen Pfund, über zwölf Millionen Mark, aufgewendet haben für ihre politischen Freunde in der Konservativen Partei, was angesichts der Tatsache, daß in England rund 500 000 Gesellschaften registriert sind, sicher nicht zu hoch gegriffen ist.

Wenn die Transportarbeitergewerkschaft also wirklich 10 800 Pfund im letzten Jahr an die von ihr betreuten Wahlkreise abzweigte (ungeachtet der 50 000 Pfund als Sonderspende für die Wahlkampfkosten der Unterhauswahl von 1966), so werden diese Aufwendungen voll aufgewogen durch die Industriezuschüsse an die Tories. Jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied hat übrigens das Recht, gegen die Abführung eines Teils seines Mitgliedsbeitrags an die Labourparty Einspruch zu erheben. In einigen links-militanten Ortsgruppen wird davon reger Gebrauch gemacht. Daß Aktionäre sich hingegen auf Hauptversammlungen dazu aufgerafft hätten, den der Toryparty geschenkten Gäulen ins Maul zu schauen, ist nicht bekannt geworden. Die Flötisten der Tories sind im allgemeinen auf verhaltene Weisen getrimmt.